

## **Wahlprüfsteine Verband freier Berufe**

**1. Wie gedenken Sie die freien Berufe als wichtigen Teil der Wirtschaft in Hessen zu unterstützen? Werden sie dazu beitragen, die Angriffe auf Europa auf die Freien Berufe abzuwehren? Diese haben insbesondere unter dem Stichwort „mehr Wettbewerbsfreiheit“ zum Ziel, die Zugangs- und Qualifikationsvoraussetzungen für die und in den Freien Berufen abzuschwächen.**

Die Tradition der Freiberuflichkeit wird aus unserer Sicht insbesondere dadurch gefährdet, dass sie zunehmend einem reinen Preiswettbewerb unterworfen wird. Alle Vorhaben, Gewinnmaximierungsdenken als Leitmotiv in die Sphäre der Freien Berufe hineinzutragen, sehen wir also grundsätzlich kritisch.

**2. Besteht auch weiterhin die Bereitschaft, sich mit den Freien Berufen hinsichtlich ihrer Belange auszutauschen, damit insbesondere das entsprechende Know-how auch in die Beratungen im Bundesrat mit einfließen kann?**

Selbstverständlich, der Austausch mit Verbänden besitzt für uns grundsätzlich einen hohen Stellenwert.

**3. Wie stehen sie zum Selbstverwaltungssystem der Freien Berufe, insbesondere zu den Kammern der Freien Berufe inklusive den**

**Versorgungswerken und den Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen, die wichtige Regulierungsaufgaben anstelle des Staates für ihre Mitglieder wahrnehmen?**

Wir sehen eine gute Absicherung und Versorgung für alle als eins der wichtigsten Ziele staatlicher Handlung. Gerade Selbständige sind durch viele Belastungen und Unvorhersehbarkeiten auf eine gute Rückendeckung angewiesen. Für uns ist es deshalb wichtig, dass solidarisch finanzierte Absicherungen für alle existieren.

**4. Werden Sie – auch weiterhin – das duale Ausbildungssystem in den Assistenzberufen unterstützen? Welche konkreten Maßnahmen haben Sie dafür geplant? Ist u.a. an eine Verbesserung der Ausstattung der Berufsschulen gedacht? Sind konkrete Maßnahmen angedacht, dem Fachkräftemangel in den Assistenzberufen zu begegnen?**

Wir befürworten und unterstützen das duale Ausbildungssystem.

Die beruflichen Schulen müssen zügig ausgebaut werden und es bedarf einer erheblichen Anhebung der Zahl der Stellen für LehrerInnen. Dadurch soll auch ermöglicht werden, dass BerufsschülerInnen mindestens an zwei Tagen in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden. Auch die Berufsschulen sind vom allgemeinen Investitionsstau betroffen und müssen in entsprechenden Maßnahmenpaketen berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass Hessen sich auf Bundesebene für ein Mindestausbildungsgehalt einsetzt, um so eine Grundlage dafür zu schaffen, dass jede SchulabgängerIn in den Ausbildungsberuf einsteigen kann, den sie sich wünscht. Für eine Behebung des Fachkräftemangels ist außerdem eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen notwendig.

**5. Werden Sie sich für eine Änderung des Gesetzes zur Anpassung des Hessischen Datenschutzes und zur Informationsfreiheit dahingehend einsetzen, dass auch die Kammern und Versorgungswerke der Freien**

**Berufe eine Bereichsausnahme aufgenommen wird, wie sie für die Handwerkskammern vorgesehen ist? Im ersten Schritt des Gesetzgebungsverfahrens sind die wichtigen Argumente der Freien Berufe – insbesondere die Verschwiegenheitspflicht betreffend – ungehört geblieben.**

Wir wollen grundsätzlich keine Ausnahmen beim Datenschutz. Im speziellen Fall wäre zu prüfen, wie eine sinnvolle Arbeitsweise sichergestellt werden kann.

**6. Werden Sie sich in der Datenschutzkonferenz des Bundes und der Länder für eine maßvolle Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung im Hinblick auf die Freien Berufe einsetzen (z.B. den Steuerberater bei der Lohnbuchhaltung nicht als Datenauftragsverarbeiter anzusehen)?**

Datenschutz ist wichtig und sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Trotzdem muss natürlich auch auf die Umsetzbarkeit geachtet werden. Gerade kleine und mittelständische Betriebe sowie Privatpersonen sollten nicht mit unnötiger Bürokratie ohne einen tatsächlichen Mehrwert für den Datenschutz belastet oder in Angst vor drastischen Strafen gehalten werden.

**7. Wie gedenken Sie den Wohnungsbau in Hessen insbesondere Im Rhein-Main-Gebiet zu fördern? Wie wollen Sie geeignete Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen? Wie wollen Sie die Landesentwicklung programmatisch gewährleisten und die Zuständigkeit für das Planen und Bauen in der neuen Landesregierung bündeln? Werden Sie sich für eine Verbesserung des hessischen Vergaberechts insbesondere im Unterschwellenbereich einsetzen und faire Bedingungen auch für kleine und mittlere Architekturbüros schaffen?**

Unser Ziel ist die Realisierung des Baus von mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen jährlich, schwerpunktmäßig in den Ballungsräumen und in den Universitätsstädten.

Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzutreten, kommt öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften eine Schlüsselrolle zu. Die Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften lehnen wir entschieden ab. DIE LINKE fordert ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, welches Barrierefreiheit berücksichtigt und alternative sowie genossenschaftliche Modelle mit einbezieht. Außerdem wollen wir das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum wieder einführen und ein Landesprogramm zur Umwandlung von Büroleerstand in Wohnraum auflegen.

Öffentliche Immobilien und öffentlicher Boden sollen nicht verkauft werden. Bei der Neuvergabe öffentlicher Grundstücke, die für den Wohnungsbau vorgesehen sind, werden diese den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis überlassen.

Bei Änderungen des Vergaberechts liegt der Fokus für uns darauf, ökologische und sozial gerechte Projekte zu fördern.

**8. Welche konkreten Maßnahmen sind angedacht, die ärztliche und zahnärztliche Versorgung in strukturschwachen Gebieten zu fördern und Anreize zu schaffen, auch dort wieder freiberuflichen Praxen (im Sinne von selbstständiger Tätigkeit) eine Chance einzuräumen und generell dem (Fach-)Ärztmangel zu begegnen? Ist geplant – auch weiterhin – feste Gesprächsrunden – bei Bedarf auch Ministerien übergreifend (Beispiel: Pflegeheime) – mit den Selbstverwaltungskörperschaften zu initiieren? Wie wollen Sie künftig die stationäre Versorgung einschließlich der Notfallversorgung sicherstellen, wenn die Krankenhauslandschaft weiter ausgeräumt wird?**

Allgemeinmedizinische und kinderärztliche Praxen müssen für alle Menschen gut und schnell erreichbar sein. Logische Grundlage dafür ist die Ausbildung von ausreichend ÄrztInnen und TherapeutInnen.

Ärztliche Bereitschaftsdienste müssen außerhalb der Sprechzeiten qualifiziert und gut erreichbar sein.

Kommunale Kliniken sind zu erhalten. Dort, wo bereits privatisiert wurde, soll der Rückkauf gefördert werden. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und nicht in die Hände von Aktiengesellschaften.

Um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, müssen die Einrichtungen untereinander besser zusammen arbeiten und ÄrztInnen aus gut situierten Regionen, in denen nicht selten ein Überangebot herrscht, auf schlechter versorgte, ländliche Regionen verteilt werden.

Außerdem muss der ländliche Raum allgemein gestärkt werden (etwa durch einen besser ausgebauten ÖPNV als eine von vielen Maßnahmen), um jungen Ärzten ein Leben und Arbeiten in diesen Regionen attraktiver zu machen.